

Beschlüsse der Juso-Landeskonferenz 2020

A1 Und auch 2020: Der Markt regelt einen Scheiß! **Seite 3**

B1 Investitionen in Schule, Hort und Lehramt auch während und nach der Krise! **Seite 5**

B2 Digitale Lehre nach Corona. **Seite 6**

B5 Einführung eines „Kann-Semesters“ in außerordentlichen Situationen **Seite 7**

B11 Bundeseinheitliches Bildungssystem/
Schluss mit dem Fleckenteppich - her mit bundeseinheitlicher Bildung **Seite 7**

B13 Bildungskrise – Was jetzt? **Seite 7**

C3 Sexwork is work – und braucht Arbeiter:innen-Schutz! **Seite 10**

D1 Recht auf Anonymität im Internet **Seite 11**

E1 Maschinen nehmen uns die Arbeit weg – endlich!
Zur Kritik an der digitalen Ökonomie **Seite 11**

F3 Menners in die Therapie: Toxische Männlichkeit überwinden **Seite 11**

F6 Mein Körper, mein Geschlecht!
Für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag in Thüringen **Seite 13**

F7 Doppelt auf den Punkt gebracht – genderneutrale Sprache barrierefrei machen **Seite 13**

G1 Memorandum: Das Krankenkassensystem endlich solidarisch gestalten
– Wann kommt die Bürger:innenversicherung? **Seite 13**

I1 Polizeikritik is not a crime **Seite 14**

I4 Thüringer Freiwilligendienstleistende entlaste, jetzt! **Seite 15**

M1 Deutsche BundesBahn – Verstaatlichung der DB AG **Seite 15**

O1	Ostquote im öffentlichen Dienst Sozialer Aufstieg für Alle – erstmal in Thüringen	Seite 15
<hr/>		
P1	Juso-Quote zu Kommunalwahlen	Seite 15
<hr/>		
R1	Neuausrichtung der Straßenbenennung	Seite 17
<hr/>		
S4	Heranziehung des Einkommens von jungen Menschen in stationären Jugendhilfen beenden!	Seite16
<hr/>		
U1	Weniger Plakate – mehr Inhalte	Seite 16
U2	Pariser Klimaziele einhalten – Thüringer Klimagesetz nachbessern!	Seite 17
U4	Kimaschutz bedenken, Kreuzfahrtschiff versenken!	Seite 17
U8	Der Klimawandel ist real. Klimaschutz dagegen (noch) nicht	Seite 17
<hr/>		

A1 - Und auch 2020: Der Markt regelt einen Scheiß!

Nach einer verlorenen Landtagswahl haben wir als Jusos uns innerhalb der SPD für eine R2G-Minderheitsregierung eingesetzt, weil wir der Überzeugung waren, dass es nach einem Wahlergebnis ohne klare Mehrheitsoption und einer so erstarkten AfD eine Regierung braucht, die gerade im Jahr 2020 und die nächsten fünf Jahre eine sozial-ökologische Transformation gestalten muss. Bekanntlich kam es am 5. Februar im Thüringer Landtag mit der Wahl Kemmerichs als Ministerpräsidenten durch CDU, FDP und AfD zum Dammbbruch und zu einer Regierungskrise. Erst nachdem der Druck auf der Straße zu groß wurde, hat Kemmerich sich in einem Zickzack- Kurs zurückgezogen. Von da an war es klar: Wir werden trotz der Wiederwahl Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten nicht zur Tagesordnung übergehen.

Wir Jusos haben uns innerhalb der SPD eingesetzt, dass unverzügliche Neuwahlen anberaumt werden müssen. Ein entsprechender Landesvorstandsbeschluss der SPD ist auch ein Erfolg unseres Jugendverbandes und der Demonstrant*innen. Gegen alle Parteien konnte sich die SPD am Ende nicht durchsetzen. Alleine die Debatte um eine Verschiebung der im Stabilitätsmechanismus vereinbarten Neuwahlen im April 2021 zeugt davon, wie wichtig es ist, eine klare Position zu beziehen: Die Wahlen müssen im Frühjahr 2021 stattfinden!

Dabei kämpfen wir für ein Bündnis, welches für die Aufnahme der Geflüchteten stimmt und das Landesaufnahmeprogramm zügig umsetzt. Wir verurteilen das Verhalten Einzelner aus den Reihen der FDP und der CDU, die Stimmung gegen eine Aufnahme von Geflüchteten aus Moria gemacht und den Dammbbruch - der die Neuwahlen erforderlich macht - erst ermöglicht haben.

Wir kämpfen für eine starke SPD in einem progressiven rot-rot-grünen Bündnis. Nur mit einer starken Sozialdemokratie wird es möglich sein, die Errungenschaften der Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen zu sichern und auszubauen. Das Bündnis steht klar gegen Rassismus und Antisemitismus. Es ist insbesondere in Zeiten des Rechtsrucks immens wichtig, an der Seite der antifaschistischen Initiativen vor Ort zu stehen. Zugleich müssen wir rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden identifizieren und konsequent bekämpfen. Wir können faschistisches Gedankengut weder in geschlossenen WhatsApp-Gruppen noch im Dienst akzeptieren. Gleichzeitig müssen wir konsequenten Antifaschismus leben.

Wir glauben, dass der Staat seiner Rolle gerecht werden muss und dass wir keine Probleme dem Markt überlassen können. Für uns regelt der Markt einen Scheiß: Die Sozialdemokratie ist gefragt, eine echte sozial-ökologische Transformation zu gestalten. Schluss mit leeren Worthülsen. Wir müssen endlich eine klare sozial-ökologische Vision schaffen und nachhaltig vertreten. Hier darf der Nachhaltigkeitsaspekt in allen Lebensbereichen nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit gehen - wir müssen einen funktionierenden sozialen Ausgleich schaffen. Sei es die Abschaffung der Massentierhaltung hin zu einer gut regulierten sozial-ökologischen Landwirtschaft mit fairen Löhnen - ohne eine "Fleischsteuer" einzuführen, die letztlich nur die Geringverdiener:innen in ihrem Konsumverhalten einschränkt. In diesem Sinne brauchen wir eine umfassende Transformation unserer Wirtschaft, die sich von einer schnelllebigen Industrie hin zu einer in sich zirkulierenden Kreislaufwirtschaft entwickelt. Wir müssen dafür sorgen, dass es genügend Weiterqualifizierungsangebote und gleichzeitig ausreichend Investitionen in Forschung und Entwicklung gibt, um die Transformation zu ermöglichen. Die drohenden Standortschließungen von Automobilzulieferern in Thüringen machen deutlich, wie wichtig eine sozial- ökologische Transformation ist. Unser Verständnis von Leben und Wirtschaften ist nicht der Kapitalismus. Darum lautet unsere Maxime: Die Sozialdemokratie muss für die Überwindung des kapitalistischen Systems eintreten, denn der Markt regelt einen Scheiß.

Die Sozialdemokratie muss für ein Gesundheitssystem ohne Profitinteresse kämpfen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Die Corona-Pandemie und die politischen Antworten haben uns viel deutlicher gemacht, wie unser Wirtschaften und Leben funktioniert. Für uns ist es nicht überraschend, dass der Markt versagt hat. Alleine das stärker im Fokus stehende Gesundheitssystem veranschaulicht, dass es schon lange an der Zeit ist, den Kapitalismus zu überwinden. Anstelle einer klaren Lohndebatte für Pfleger:innen blieb es größtenteils doch beim Klatschen. Der einmalige Pflegebonus ist ein falscher Kompromiss. Echte Anerkennung und ein echtes Danke würde bedeuten, dass wir endlich die Systemfrage stellen. Wir fordern, dass Krankenhäuser mit Hilfe des Landes

kommunalisiert oder in Trägerschaft des Landes überführt werden. Das DRG- System ist ungerecht: Hier braucht es eine echte Reform, die die neoliberale Logiken nicht fördert, sondern verhindert. Dafür muss sich Thüringen mit einer Bundesratsinitiative einsetzen. Wir fordern, dass im gesamten Gesundheitssystem endlich mehr Personal zur Verfügung steht. Ob im Krankenhaus oder in der Altenpflege: Es muss Schluss sein mit Personalkürzungen!

Die Sozialdemokratie muss für eine echte Daseinsvorsorge kämpfen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Viel zu lange haben der Nahverkehr, der Breitbandanschluss oder sogar der Bargeldautomat am Tropf der Betriebswirtschaftslehre gehangen. Der ländliche Raum war und ist am Ende der Verlierer. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge für die Menschen und nicht für den Markt da ist. Darum ist für uns klar, dass die Daseinsvorsorge in öffentliche Hand gehört und für alle frei zugänglich und flächendeckend garantiert werden muss. Für uns bedeutet die Stärkung der Daseinsvorsorge ist die Schaffung von ausreichend Wohnraum mit Sozialpreisbindung. Gleichzeitig muss den Spekulationen mit Immobilien ein Ende gesetzt werden. Denn Wohnen ist Menschenrecht!

Die Sozialdemokratie muss für menschenwürdige Arbeit sorgen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Im Zuge der Debatte um neue Arbeitszeitmodelle stehen wir fest an der Seite der Gewerkschaften und streiten mit ihnen gemeinsam für die 4-Tage-Woche. Die Zunahme der Produktivität seit der Einführung der 40-Stunden-Woche ist immens. Sie ging aber nie mit einer weiteren Arbeitszeitreduzierung einher. Damit muss jetzt Schluss sein. Wir wollen ein Recht auf Homeoffice, das sich an den Arbeitnehmer*innenrechten orientiert. Bei den anstehenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst muss zudem klar sein, dass eine Anpassung der Arbeitsbedingungen in Ost – an Westdeutschland schon lange überfällig ist. Menschenwürdigere Arbeit beginnt nicht nur mit der 4-Tage-Woche, sondern muss im Sinne einer Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro weiter gedacht werden. Gute Arbeit verdient einen gerechten und fairen Lohn für den wir an den Seiten der Gewerkschaften streiten. Bei den Lockerungsmaßnahmen nach dem Shutdown konnten wir erleben, dass die Bundesländer eher Profit und weniger die Menschen in den Vordergrund stellen. So mussten Eltern ohne Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder zur Arbeit. Während der Flug nach Mallorca wieder möglich war, wussten die Eltern nicht, wie sie ohne Betreuung ihrer Kinder arbeiten gehen können. Corona hat nochmal deutlich gezeigt, wie wichtig erzieherische Berufe sind. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in den Kindergärten und fordern, den Personalschlüssel bei U3 auf 1:5 und bei Ü3 auf 1:7,5 zu erhöhen. Für uns war zudem auch vor Corona klar: Die Bildung und damit auch die Kindergarten muss gebührenfrei sein! „Der demokratische Sozialismus muss für Feminismus kämpfen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Politik, Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Konsens sind noch immer zugeschnitten auf traditionelle Rollenverteilungen mit erwerbsarbeitenden Vätern und vornehmlich care-arbeitenden Müttern. Zur Care-Arbeit oder auch reproduktiven Arbeit, zählen Tätigkeiten wie Putzen, Einkaufen, das Sich-Kümmern um Kinder oder die Pflege von Familienmitgliedern. Männer übernehmen nachweislich deutlich weniger unbezahlte Arbeit als Frauen, schon bei der Kindererziehung, aber auch später bei der Pflege von Angehörigen. Selbst wenn sowohl die Mütter als auch die Väter minderjähriger Kinder beide in Vollzeit arbeiten, ist der Unterschied in der unbezahlten Arbeit signifikant. Die Covid-19 Krise macht die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit sichtbar. Frauen sind von den sozialen Folgen der Krise stärker betroffen als Männer. Besonders viele Frauen arbeiten als Krankenschwestern und Pflegekräfte, sie müssen während Lockdowns Haushalt und Homeschooling jonglieren, viele verlieren ihre Jobs im informellen Sektor- etwa als Hausangestellte - und der Staat lässt sie dabei oft allein. Frauen müssen als unbezahlte Betreuerinnen in Familien und Gemeinden die Lücken füllen, die geschlossene Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und andere Dienste hinterlassen. Zudem seien sie besonders davon betroffen, dass unsichere Arbeitsverhältnisse gerade verloren gehen. Hinzukommt, dass der Frauenanteil in den Topetagen deutscher Unternehmen dieses Jahr erstmals gesunken ist. Beispielsweise gibt es elf Dax-Konzerne, in denen keine einzige Frau im Vorstand sitzt. Im vergangenen Jahr war das bei sechs Unternehmen der Fall. Nur 13 Prozent der Vorstandsämter in den wichtigsten Unternehmen des Landes sind mit einer Frau besetzt. Etliche Konzerne möchten daran auch gar nichts ändern. Für uns ist klar: wir brauchen verbindliche Quoten für Vorstände und eine bessere moralische und finanzielle Anerkennung für Care-Arbeit. Wir werden weiterhin für das Durchbrechen patriarchaler Strukturen streiten!“

Die Sozialdemokratie muss für eine echte Umverteilung kämpfen, denn der Markt regelt einen Scheiß. Trotz des massiven Wirtschaftswachstums in der letzten Dekade ist der Gini-Koeffizient in Deutschland, der die Ungleichheit in einem Land bemisst, unverändert. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Für den Reichtum ist im Gegensatz zu anderen Ländern in Deutschland vor allem das Erben verantwortlich. Dabei wollen wir nicht die ostdeutsche Perspektive vernachlässigen. Neben den Lohnunterschieden sind auch große Eigentumsunterschiede deutlich in Statistiken ablesbar. Deshalb drängen wir darauf, endlich eine höhere Erbschaftssteuer und eine verfassungskonforme Vermögenssteuer zu erheben. Wir schauen aber auch über die Grenzen des Landes hinaus. Wir brauchen eine europäische Umverteilungsperspektive mit sozialem Steuersystem. Deshalb ist auch Finanztransaktionssteuer als europäische Steuer unerlässlich.

Der Markt regelt einen Scheiß: Die Sozialdemokratie muss die digitale Zukunft im Privat- sowie im Arbeitsleben voranbringen und für richtungweisende Ideen einstehen. Die digitale Entwicklung, die durch die Corona-Pandemie deutlich beschleunigt wurde, hat einen weitreichenden Einzug in das Arbeitsleben vieler Arbeitnehmer:innen gefunden. Für diese Entwicklung muss es einen erheblichen Schutz der Arbeitnehmer:innen innerhalb der digitalen Arbeitswelt geben. Das digitale Arbeiten ist vom Privatleben stark abzugrenzen, um Arbeitnehmer:innen nicht einer andauernden Belastung auszusetzen. Wir werden uns als Jusos deshalb im Gesetzesprozess zum Recht auf Homeoffice gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Arbeitnehmer:innen stark machen.

B1 - Investitionen in Schule, Hort und Lehramt auch während und nach der Krise!

Die Jusos Thüringen fordern ein klares Signal der Landespolitik für starke Investitionen in den gesamten Bildungsbereich Thüringens. Die Corona-Krise ging an Kitas, Schulen oder Hochschulen keineswegs spurlos vorbei. Die Krise förderte zwar z.B. den digitalen Fortschritt im Thüringer Bildungsbereich, ließ die Probleme im selbigen, welche bereits seit Jahren und Jahrzehnten relevant sind, noch größer erscheinen.

Der Fachkräftemangel beschäftigt Thüringer Schulen bereits seit über 10 Jahren und Thüringen als Bildungsland muss endlich attraktiver werden. Deshalb fordern die Jusos Thüringen die Hebung aller Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13/E13, sowie die unbefristete Einstellung von Beginn an und damit die endgültige Abschaffung des Stellenabbaupfades.

Nicht nur Lehrer*innen im Unterricht tragen zur Bildung von Kindern in Grund- und Gesamtschulen bei. Auch Horterzieher*innen haben hier einen massiven Einfluss auf die Schüler*innen. Derzeit befinden sich viele Thüringer Horterzieher:innen in Teilzeitstellen. Darum fordern die Jusos Thüringen die Anhebung der Beschäftigungsumfänge für Horterzieher*innen auf 100 Prozent.

Auch für die Zukunft des Lehrer*innenberufs muss investiert werden. Schon seit Jahren muss auf sogenannte Seiteneinsteiger*innen zurückgegriffen werden, um eine 1 zu 1 Besetzung zu erreichen. Die Jusos Thüringen fordern daher eine hochwertige Nachqualifizierung von Seiteneinsteiger*innen, die Gleichstellung der Seiteneinsteiger*innen bei der Einstellung in den Schuldienst, sowie einen weiteren Ausbau der Lehramtsstudienplätze und Stellen im Vorbereitungsdienst.

Unterrichtsausfall war in den vergangenen Jahren immer wieder Thema. Durch langzeitkranke oder schlichtweg fehlende Lehrer*innen fielen in Thüringer Schulen Tausende Stunden oder gar ganze Schulfächer aus. Zur Bewältigung dieses Problems fordern die Jusos Thüringen die Schaffung einer Vertretungsreserve im Volumen von mindestens 10% des gesamten Thüringer Lehrkräftebestands.

B2 - Digitale Lehre nach Corona

Wir fordern, dass die Digitale Lehre nur als ergänzendes Mittel zur Präsenzlehre verwendet werden darf. Digitale Lehre kann die menschliche Begegnung zwischen Lehrenden und Studierenden sowie der Studierenden untereinander nicht ersetzen. Erkenntnis gewinnt man vor allem im Dialog, im unmittelbaren Austausch und in der Begegnung von Lehrenden und Lernenden. Digitale Lehre bietet viele Vorteile, aber wir müssen der Gefahr zuvorkommen, dass eine (schlecht umgesetzte) Digitalisierung der Lehre die Qualität des Studiums mindert.

Wir fordern deshalb angesichts der Herausforderungen, die mit der Entwicklung und Etablierung digitaler akademischer Lehre für die Universitäten verbunden sind, den Bund und die Länder dazu auf, der Kostenentwicklung durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Anschaffung, Pflege und Weiterentwicklung moderner Kommunikationstechnologien im Hochschulbereich Rechnung zu tragen. Unsere Hochschulen müssen über digitale Infrastruktur verfügen die einerseits die Qualität der Lehre durch digitale Lehrmaterialien verbessert und andererseits die Hochschulen in die Lage versetzt flexibel auf pandemische Krisen reagieren zu können ohne einen Qualitätsverlust in der Lehre in Kauf nehmen zu müssen. Ebenso muss der für die Umsetzung guter digitaler Lehre nötige Aufwand der Lehrenden angemessen berücksichtigt werden.

Wir fordern die Ausweitung der Förderung von digitalen Mitteln, die unsere Präsenzlehre verbessern und ergänzen. Wir fordern deshalb:

1. eine Ausweitung der Mittel von Bund und Ländern zum Lizenzerwerb des digitalen Zugangs zu Literatur,
 2. sowie die strukturelle und finanzielle Unterstützung von Plattformen mit freien Lehrmaterialien (OER - Open Educational Resources) bzw. die Schaffung selbiger Plattform auf Landes oder Bundesebene, sodass der freie Austausch von (selbst-)erstellten Lehr- und Lernmaterialien unter kostenfreien Lizenzen erleichtert wird.
 3. eine Pflicht zu echter digitaler Lehre für Lehrende bei digital-Semestern. Buch und Folien hochladen reicht nicht!
 4. Dauerhaft verfügbare digitale Lehrmaterialien: Nicht nur Streams, sondern Aufzeichnungen die bleiben!
 5. Die Universitäten und Fachhochschulen müssen internetfähige Mediengeräte zur Verfügung stellen.
 6. Für Lehrende muss der Mehraufwand (zusätzlicher) digitaler Lehre angemessen in ihrem Arbeitspensum und ihren Stellenanteilen berücksichtigt werden.
 7. Ein größeres Angebot an Weiterbildungen im Themenfeld digitales Lehren muss vorhanden sein.
 8. Lehrende sollen zu Weiterbildungen im Bereich Digitale Lehre verpflichtet werden.
-

B5 - Einführung eines „Kann-Semesters“ in außerordentlichen Situationen

Wir appellieren an die SPD-Landtagsfraktion, der in außerordentlichen Situationen, wie einer Pandemie, verstärkt auftretenden Bildungsungerechtigkeit entgegenzuwirken. In Absprache mit dem zuständigen Ministerium soll in solchen Fällen an allen Thüringer Hochschulen die Option eines nicht anzurechnenden Semesters etabliert werden, bei dem die Studierenden selbst entscheiden, ob das betroffene Semester in ihre Regelstudienzeit zählt oder nicht. Zusätzlich appellieren wir an die SPD-Bundestagsfraktion Möglichkeiten zu schaffen, das solche Nichtanrechnungen des Semesters auch mit einer Verlängerung der BAföG-Höchstförderdauer einher geht.

Daher fordern wir:

- unkomplizierte Nichtanrechnung des Semesters ohne Nachweise oder Voraussetzungen, für alle, die es wollen
- die Möglichkeit alle Prüfungsergebnisse ohne Begründung abzulehnen und im selben Versuch nochmal zu schreiben, außer bei Täuschungen
- Aussetzung von Fristen zur Wiederholung von Prüfungen, z.B. beim Drittversuch

B11 - Bundeseinheitliches Bildungssystem/ Schluss mit dem Fleckenteppich - her mit bundeseinheitlicher Bildung

Die Jusos Thüringen fordern bundeseinheitliche Standards bei den Bildungssystemen und vor allem bundeseinheitliche Abschlüsse. Das aktuelle Bildungssystem ist ein föderales System mit sehr wenigen bundespolitischen Elementen. Wir wollen aber bundesweit einheitliche Bildungsabschlüsse. Das jetzige System der Bildungspolitik mit ihren schwer vergleichbaren Bildungsabschlüssen ist ungerecht. Deshalb fordern wir die SPD Landtags- und Bundestagsfraktion auf eine Initiative im Bundesrat einzubringen, die die Einheit der Bildungsabschlüsse herbeiführen soll. Es darf kein Kräftemessen zwischen den Bundesländern mehr geben, wo das eine angeblich die besseren Abschlüsse hat als das andere.

B13 - Bildungskrise – Was jetzt?

Der Lockdown des öffentlichen Lebens ab Ende März hat mit den Schließungen der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen auch in Thüringen alle an Bildung Beteiligten vor größte Herausforderungen gestellt. Plötzlich waren die Kinder gezwungen zu Hause und nicht in der Schule zu lernen. Eltern hatten kurzerhand Aufgaben der Lehrkräfte. Erzieher:innen und Lehrkräfte betreuten keine Klassen, sondern stark dezimierte Gruppen in der Notbetreuung und stellten Angebote für das Lernen zu Haus zur Verfügung.

Durch den Wegfall des täglichen Schulweges fehlten den Schüler:innen wichtige Kontakte zu Freund:innen, aber auch zu gewohnten Betreuungspersonen wie Klassenlehrer:innen. Auch dies belastete die Kinder. Durch den Lockdown waren ebenfalls die möglichen Freizeitgestaltungen der Familien (bspw. durch die Schließung der Spielplätze, Zoos und Tierparks u. ä.) beschnitten. Als mögliche Folgen der notwendigen Beschränkungen traten fehlende Routinen, Einsamkeit und häusliche Gewalt auf.

Die Länder verhandelten mit dem Bund über künftige Wiederöffnungen. Auch die Kultusministerien rangen um den besten Weg zurück in den Regelbetrieb der Schulen und Kitas. Auf ein gemeinsames Vorgehen konnte man sich selten einigen.

Die regelmäßige Berufstätigkeit der Eltern war durch die notwendige ganztägige Kinderbetreuung während der Schließungen kaum realisierbar.

Beim Lernen zu Hause wurden die häufig nicht-pädagogisch vorgebildeten Eltern stark gefordert. Lehrkräfte als gewohnte Ansprechpartner:innen waren nur beschränkt kontaktierbar. Die Bildungschancengleichheit litt unter dem Zustand, da nicht in allen Elternhäusern gleich gute Lern- und Bildungsmöglichkeiten sächlicher und pädagogischer Art geboten werden konnten.

Beim Home Schooling fiel besonders die in der Schulentwicklung bisher nachrangig behandelte Digitalisierung ins Gewicht. Zwar werden den Schulträgern durch den 2019 beschlossenen Digitalpakt Mittel zum Ausbau digitaler Ausstattung der Schulen zur Verfügung gestellt. Der geschätzte Bedarf an Fördermitteln um Schulen zu digitalisieren beträgt laut einer von der GEW in Auftrag gegebenen Rechnung allerdings 21 Mrd. € (Quelle: <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/digitale-mindestausstattung-aller-schulen-kostet-rund-21-milliarden-euro/>), wohingegen der Digitalpakt in der Gesamtbetrachtung der Mittel von Bund und Ländern lediglich ca. 5,55 Mrd. € über 5 Jahre umfasst (Quelle: <https://www.bmbf.de/de/wissenswertes-zum-digitalpakt-schule-6496.php>). Hier klafft eine deutliche Lücke zwischen dem Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Während der Schulschließungen zogen nicht selten Lehrkräfte von Briefkasten zu Briefkasten, um auszufüllende Arbeitsblätter an die Haushalte der Schüler:innen zu verteilen.

Darin wurde deutlich, dass es in der Umsetzung der Mittel des Digitalpakts weiterhin Defizite gibt. Zum Abruf der Fördergelder müssen die Schulträger beim Freistaat einen Antrag stellen. Dazu ist eine Konzeption zur Verwendung der Mittel und zur Digitalisierung der Einrichtung durch die jeweilige Schule zu erstellen. Wie eine solche Konzeption aussehen und gelingen kann, ist oft unklar.

Auch in europäischen Erhebungen zum Thema Digitalisierung der Schulen belegt Deutschland weit abgeschlagen beispielsweise hinter Dänemark oder Estland immer wieder den letzten Platz (zuletzt im Ranking E-Learning Index von 2019 Platz 27/27).

Wir Jusos fordern zur Bekämpfung der Missstände in der Bildung:

- den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes zur Aufarbeitung der enormen psychischen Mehrbelastungen für Lehrkräfte und Schüler:innen.

Stärkere psychologische Unterstützung ist in der aktuellen Ausnahmesituation zwingend geboten; um den weiteren Lebens- und Bildungsweg der Kinder zu ebnen und dem staatlichen Erziehungsauftrag gerecht zu werden und auch um der Fürsorgepflicht Thüringens als Arbeitgeber zu entsprechen. Mindestens die Verdopplung des bisher eingesetzten Personals scheint mit Blick auf die enormen Herausforderungen der Pandemie mehr als gerechtfertigt.

- Aufstockung der Mittel im Digitalpakt.

Den Schulträgern müssen durch Bund und Länder ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Schüler:innen bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Bei den aus dem Digitalpakt ausgereichten Mitteln ist bisher kein Budget für die Wartung und Pflege der IT-Systeme eingeplant. Um diesen wichtigen Posten ist der Digitalpakt zu erweitern.

- den Aufbau umfangreicher Fortbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich pädagogisch-didaktischer Konzeption digitalen Unterrichts.

Bisher fehlt es flächendeckend an Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zur Aufstellung pädagogisch-didaktischer Konzepte zur Durchführung digital unterstützten Unterrichts. Damit ist die Erstellung der Konzeptionen zum Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt für die Lehrkräfte nur schwer

realisierbar; die Mittel fließen nur zäh ab und kommen dadurch nicht an den Stellen an, an denen sie benötigt werden.

Auch in der Anwendung der Technik bestehen Defizite, weshalb die Möglichkeiten digitalen Unterrichts nicht ausgeschöpft werden können. Die grundsätzliche Reform der Lehrkräftefortbildung muss umgesetzt werden.

Die Neuaufstellung der Lehrer:innenbildung in Thüringen ist zwingend erforderlich. Das ThILLM ist als Einrichtung der Lehrer:innenbildung in Thüringen u.a. für die Lehrkräftefortbildung zuständig. Personell wird dieses insbesondere mit abgeordneten Lehrkräften ausgestattet. Wir fordern die grundsätzliche Reform dieser Einrichtung. Es soll ein Fortbildungsinstitut entstehen, das sich in Thüringen sowohl mit der frühkindlichen, als auch mit der schulischen Bildung befasst. Dieses erhält einen umfangreichen Personalkörper, der gleichermaßen gespeist wird aus Kolleg:innen aus der Praxis und aus der Wissenschaft. Insbesondere die Vermittlung umfassender Kenntnisse zur Konzeption von Bildungsangeboten ist erforderlich. Im Ergebnis soll eine bessere Beratungsqualität für den Dienstleistenden zur Fortbildung für die Lehrkräfte im Freistaat entstehen.

In allen konzipierten Fortbildungsangeboten soll außerdem eine Verknüpfung mit digitalen Mitteln und deren Anwendung im Unterricht einbezogen werden. Daneben können bereits gut geschulte oder autodidaktisch fitt Kolleg:innen zunehmend für die Fortbildung gewonnen werden, um beispielsweise das Personal an ihren Schulen zu unterweisen und hier Unterstützung zu bieten. Dazu könnten individuell einzelne Stunden zur Entlastung der Kolleg:innen von der Unterrichtsverpflichtung zur Verfügung gestellt werden.

- die Besoldung/Entlohnung der Lehrkräfte an Grundschulen in A 13/ E 13 und die Anpassung der jeweiligen Ämter der Schulleitung und ständigen Vertretung dieser.

Bereits vor der Pandemiesituation war dies eine relevante Forderung; auch um die ungleiche Bezahlung der Grundschullehrkräfte gegenüber den Regelschul- und Gymnasiallehrkräften zu beseitigen. In der Zeit der Schulschließungen wurde erneut deutlich, wie essentiell gerade die Bildung der Kleinsten als Fundament der weiterführenden Bildung ist. Aus aktuellem Anlass bekräftigen wir diese Forderung erneut und plädieren für eine schnellstmögliche Umsetzung.

- die Steigerung des Beschäftigungsumfangs aller Horterzieher:innen auf 100 %.

Auch diese Forderung bestand bereits vor den Coronaeinschränkungen. Die Erzieher:innen an den staatlichen Grund- und Gemeinschaftsschulen sind weiterhin in Zwangsteilzeit beschäftigt. Der Freistaat Thüringen soll hier als vorbildhafter Arbeitgeber agieren und diese prekäre Beschäftigung zu grundsätzlicher Vollzeitbeschäftigung aufstocken. Möglichkeiten von Teilzeit auf Antrag der Beschäftigten sollen weiterhin geprüft und nach den Vorgaben des Tarifvertrags der Länder gewährt werden.

- die Einführung der beitragsfreien Kita als Anerkennung und Würdigung für die Entbehrungen der Familien und zu deren Unterstützung.

Thüringen stellt zur Bewältigung der Pandemie haushalterisch große Anstrengungen an. Von diesen sollten ebenfalls die Familien entsprechend profitieren. Das dritte beitragsfreie Kita-Jahr war eine politische Versprechung von R2G, auf die sich viele Eltern bereits vorbereitet und mit dieser wichtigen Entlastung gerechnet haben. Nun will die Regierung auf diesen relevanten Schritt hin zur kostenlosen Bildung verzichten. Um die Anstrengungen der Familien zur Bewältigung der Pandemie anzuerkennen und sie zu unterstützen, muss aus unserer Sicht die beitragsfreie Kitabetreuung für die Familien vollständig und schnellstmöglich umgesetzt werden. Allein die anderen finanziellen Aufwendungen des Freistaats Thüringen durch die Pandemie sind keine angemessene Begründung dafür, die Familien nicht entsprechend zu entlasten. Dies soll aus dem Haushalt des Freistaats Thüringen finanziert werden.

C3 - Sexwork is work – und braucht Arbeiter:innen-Schutz!

Wir stehen an der Seite aller Arbeiter*innen. Ihre Stimmen vertreten wir in der Politik. Wir sind ein feministischer Richtungsverband, der für die Selbstbestimmung von Frauen über ihre Körper kämpft. Deshalb stehen wir geschlossen an der Seite der Sexarbeiter*innen, welche aktuell von der Politik weder ausreichend Schutz noch Anerkennung erfahren.

Während der vergangenen Monate und unter der Einführung der Hygieneschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wurde Sexarbeit unter dem Status eines „Super spreaders“ in Bundesländern verboten – ohne jedoch, dass Maßnahmen zur Existenzsicherung der Sexarbeiter*innen eingesetzt wurden. Sexarbeiter*innen erlitten monatelange Lohnausfälle, ohne eine Lobby gehabt zu haben, die sich für ihre Rechte einsetzt. Aufgrund des Verbots und der fehlenden Sicherung der Lebensgrundlage kam es mitunter dazu, dass sich die Sexarbeit in die Illegalität (wie z.B. in Form privater Airbnb-Partys) verlagerte, in der sie sich nicht kontrollieren ließ und eine erhöhte Gefahr für Arbeiter*innen darstellte.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Ausnahmesituationen wie die aktuelle Covid-19-Pandemie dazu instrumentalisiert werden, den Wunsch nach dem Verbot der Sexarbeit - fernab der Interessen der Arbeiter*innen selbst - durchzudrücken. Dabei ist der Katalog an Maßnahmen, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen eingesetzt werden kann, noch lange nicht ausgeschöpft.

Kleine Anfragen von Thüringer Landtagsabgeordneten ergaben, dass eventuelle negativen Folge der Ausweisungspflicht für Sexarbeiter*innen in Thüringen bisher noch nicht einmal erfasst werden (vgl. *Antwort auf Kleine Anfrage Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wp) Drucksache 7/1534 28.08.2020, 2 S.*). Genauso finden aufgrund Personalmangels bisher noch keine regelmäßigen Kontrollen zur Umsetzung der Kondompflicht in Betriebsstätten statt (vgl. *Antwort auf Kleine Anfrage Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wp) Drucksache 7/1526 28.08.2020, 7 S.*). Wer gegen Menschenhandel und Gewalt innerhalb der Dienstleistungsbranche der Sexarbeit vorgehen will, muss sich für differenzierte, unterstützende und vernetzende Lösungen einsetzen und aktiv gegen die Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen vorgehen. Die eingesetzten Maßnahmen müssen es Sexarbeiter*innen ermöglichen, sich frei für oder auch gegen Sexarbeit entscheiden zu können und jederzeit sowohl Beratungs- als auch Ausstiegsangebote wahrnehmen zu können.

Aus dieser Haltung ergeben sich die folgenden Forderungen für Thüringen:

- Die umgehende Schaffung einer spezialisierten Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen in Thüringen.
- Die Umsetzung der regelmäßigen und umfassenden Kontrolle der Umsetzung der Kondompflicht in den Betriebsstätten, sowie die ggf. benötigte Aufstockung der Personalstellen in den zuständigen Ämtern.
- Die abschließende Erarbeitung einer Handreichung zur Gesundheitsberatung für Sexarbeiter*innen durch die Landkreise (vgl. *Antwort auf Kleine Anfrage Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wp) Drucksache 7/1526 28.08.2020, 7 S.*).
- Die Beauftragung des Ministeriums für Inneres und Kommunales Thüringen zur statistischen Erfassung negativer Folgen der Ausweisungspflicht für Sexarbeiter*innen in Thüringen.

und auf Bundesebene:

- Die Rücknahme der Zwangsmeldung und –ausweisung von Sexarbeiter*innen, die seit Einführung des ProstSchG 2017 gilt. Die Anmeldung und Ausweisung hatten den Sinn, Sexarbeiter*innen in Kontakt mit einer dritten, unabhängigen Person zu bringen, welche sie individuell beraten kann. Aus der Angst vor einem Zwangsouting haben viele Sexarbeiter*innen, insbesondere alleinerziehende Mütter, denen eine Anfechtung ihres Sorgerechts drohen kann sowie Frauen, welche um ihre berufliche Karriere fürchten, diese Anmeldung gemieden und sind damit in den Status illegaler Arbeit gerutscht.
- Stattdessen soll der Ausbau anonymer und kostenfreier Untersuchungen in Gesundheitsämtern sowie niedrigschwelliger, flächendeckender und mehrsprachiger Beratungs- und Fortbildungsangebote von Ländern und Bund finanziert werden. Die Einführung von auf Sexarbeiter*innen zugeschnittenen Beratungsangeboten bei gesetzlichen Krankenkassen. Die Vernetzung zwischen in- und ausländischen Verbänden, Organisationen und Beratungsstellen soll gefördert werden.
- Die Einführung europäischer Standards zur Bekämpfung von organisiertem Menschenhandel. Dies umfasst die Synchronisation der Strafverfolgung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, sowie die Erarbeitung eines Schutzstatus für Opfer organisierten Menschenhandels zwischen den Mitgliedsstaaten der EU und deren Anrainerstaaten.
- Die Gründung einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene, welche sich mit der Ausarbeitung von Strategien zur Verbesserung der Situation von Sexarbeiter*innen auseinandersetzt und zwingend mindestens zur Hälfte mit Mitgliedern aus Nicht-Regierungsorganisationen und Interessenvertretungen von Sexarbeiter*innen bestehen soll. Die Arbeit dieser AG soll durch die Evaluation der bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt und Menschenhandel in der Sexarbeit durch eine unabhängige Institution begleitet werden.

D1 - Recht auf Anonymität im Internet

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass es im Internet weiterhin keine gesetzliche Klarnamenpflicht und keine Identifizierungspflicht geben wird. Auch sollen Plattformen in Zukunft nicht gesetzlich dazu verpflichtet werden Stammdaten (Name, Anschrift, Telefonnummer, ...) von ihren Nutzer*innen zu erheben.

E1 - Maschinen nehmen uns die Arbeit weg – endlich! Zur Kritik an der digitalen Ökonomie

Wir Jusos Thüringen werden uns durch Bildungs- und Seminarangeboten mit Grundsatzfragen des Digitalen Kapitalismus auseinandersetzen und eine grundlegende Kritik an aktuellen Unterdrückungsmechanismen formulieren. Selbige werden wir allen Mitgliedern bereitstellen, um gemeinsam Ideen für eine andere, zukünftige Gesellschaft zu entwickeln.

F3 - Menners in die Therapie: Toxische Männlichkeit überwinden

(Triggerwarnung: Depression, Suizid)

Das **Konzept der toxischen Männlichkeit** beschreibt einen in unserer Gesellschaft vorherrschenden Begriff von Männlichkeit und umfasst das **Verhalten, Selbstverständnis und die Beziehungskonzepte von Männern sowie kollektive männliche Strukturen**. Männer sollten keine Schwäche zeigen, allenfalls Wut, sie sollten hart, aggressiv und nicht zärtlich oder liebevoll sein, schon gar nicht untereinander. Männlichkeit muss immer wieder unter Beweis gestellt werden, z.B.

durch die Einordnung von Männern in eine Hierarchie, die mit Mutproben und erniedrigenden Ritualen gefestigt wird – dies kann auf dem Schulhof ebenso geschehen wie beispielsweise bei der Polizei und Bundeswehr. Wer toxische Männlichkeit erlernt hat, lebt mit einem Mangel: Diese Personen haben meist kein gutes Verhältnis zu ihrem Körper, können ihre eigenen Grenzen ebenso wenig respektieren wie die anderer und haben Schwierigkeiten damit, Gefühle zuzulassen, zu zeigen und zu verarbeiten. Konsequenzen hieraus sehen wir etwa im schlechten Umgang heterosexueller cis Männer mit dem eigenen Körper, ihrer Nachlässigkeit gegenüber der eigenen Gesundheit und ihrer Tendenz zu Depressionen, Sucht und Suizid. Die Zahlen belegen das: In Deutschland nehmen sich fast dreimal mehr Männer als Frauen das Leben. In der Alterskohorte der 15 bis 29-Jährigen Männer ist Selbstmord in Deutschland die häufigste Todesursache.

Weil toxische Männer mit ihren Gefühlen nicht alleine hantieren können, lagern sie diese Aufgabe meist an andere aus. Vor allem Frauen und femininere Personen als man selbst werden wie Gefühlsmaschinen benutzt, die ihnen die eigene Gefühlswelt sortieren und erklären sollen. Das führt dazu, dass es für Frauen zum Beispiel unter einer erneuten Doppelbelastung leiden, da sie sich um die Gefühle von Männern kümmern sollen. Toxische Männlichkeit hat darüber hinaus auch weitere negative Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft, da toxische Vorstellungen von Männlichkeit zur Diskriminierung aller anderer Geschlechter, z.B. in Form von Misogynie sowie Homo- und Trans*feindlichkeit, führen.

Warum sollten wir uns als Jusos mit **Kritischer Männlichkeit** auseinandersetzen? Kritische Männlichkeit hat eine emanzipatorische Perspektive. Durch Kritik können Herrschaftsansprüche, gesellschaftliche Einengungen und Erwartungen an Gender in Frage gestellt werden. Dies bildet eine Grundlage für den Kampf um soziale Gerechtigkeit. Männlichkeit ist auch das, was wir daraus machen. Die eigene Männlichkeit ist veränderbar, ebenso wie die sozialen, ökonomischen und politischen Umstände, unter denen alle leiden.

Deshalb fordern die Jusos Erfurt

Innerhalb der Jusos Thüringen

- Eine kritische Auseinandersetzung mit Toxischer Männlichkeit innerhalb des Verbandes, toxische Strukturen und Verhalten zu benennen und zu bekämpfen
- Einmal im Jahr ein Seminarangebot zum Thema „Kritische Männlichkeit“ zu veranstalten, um den Umgang mit dem Thema zu erlernen
- Die Arbeit des Awareness-Teams auf dieses Themengebiet auszuweiten

Darüber hinaus fordern die Jusos Thüringen

- Das psychologische Beratungsangebot für Männer in Thüringen zu stärken und das Angebot auszubauen
- Eine Landeskampagne in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium zum Thema Männergesundheit zu starten, insbesondere die digitalen Informationsangebote für Männer zum Thema Männergesundheit und zu Gesundheitsfragen allgemein müssen ausgebaut werden
- Toxische Männlichkeit muss als Psychologische Störung anerkannt werden (ähnlich dem Vorbild der American Psychological Association, Vgl.: <https://www.apa.org/about/policy/boys-men-practice-guidelines.pdf>)
- Entstigmatisierung von seelischen Erkrankungen, Depressionen und Psychotherapien in unserer Gesellschaft, denn je weniger seelische

Probleme stigmatisiert werden, umso schneller dürften junge Männer lernen, sich anderen anzuvertrauen.

F6 - Mein Körper, mein Geschlecht!

Für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag in Thüringen

Wir fordern die SPD Thüringen auf, den Beschluss der SPD Queer mit dem Titel "Für einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für Alle – TSG-Abschaffung und eine echte Dritte Option jetzt!" zu übernehmen. Auf Grundlage dieser Forderungen soll der Freistaat Thüringen sich im Bundesrat dafür einsetzen, das Transsexuellengesetz zu reformieren oder vollständig abzuschaffen.

F7 - Doppelt auf den Punkt gebracht – genderneutrale Sprache barrierefrei machen

Wer nur von „Frauen“ und „Männern“ spricht, übergeht die Tatsache, dass es auch Menschen außerhalb der Geschlechterbinarität gibt.

Die bisher gewählte Form mit einem Gendersternchen ist nicht barrierefrei, da sie durch Sprachprogramme nicht erkannt wird. Stattdessen wird das Gendersternchen laut mit „Sternchen“ vorgelesen und unterbricht so den Lesefluss für Menschen mit Sehbehinderung, die auf diese Programme angewiesen sind. Dieses Problem kann ohne weitere Umstände umgangen werden, indem der Doppelpunkt angewendet wird. An diesen Stellen pausieren die Sprachprogramme kurz und der gleiche Höreindruck wie beim mündlichen non-binären Gendern wird geweckt.

Wir haben das Selbstverständnis, eine inklusive und barrierefreie Sprache zu verwenden. Um das Ziel einer Gleichbehandlung aller in der geschriebenen Sprache zu erzielen, wird in Zukunft eine non-binäre Genderweise mit dem Doppelpunkt gewählt.

Außerdem wird auf eine binäre Zuordnung (binär: eine rein auf das weibliche und männliche Geschlecht bezogene Einteilung), wie bei „Frauen“ oder „Männer“ wann immer möglich verzichtet, egal ob mit angehängtem Sternchen oder nicht. Eine klar formulierte Ansprache der adressierten Personen, wie z.B. menstruierende Menschen, ist vorzuziehen. Notfalls sind mögliche Alternativen, wie der reine Verzicht auf den Bezug des Geschlechts oder Zusätze wie „weiblich gelesen“ oder „männlich gelesen“ anzuwenden.

G1 – Memorandum: Das Krankenkassensystem endlich solidarisch gestalten - Wann kommt die Bürger*innenversicherung?

Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und den SPD-Bundesparteitag

Noch immer ist das Krankenkassensystem durch seine Dualität von gesetzlicher- (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV) geprägt von großen Gerechtigkeitsdefiziten und Fehlanreizen, zu deren Behebung wir endlich eine erneute Debatte um die inhaltliche Ausgestaltung einer Bürger*innenversicherung und deren Einführung fordern.

Die drei Stärksten Kritikpunkte sind nach wie vor:

1. der Wettbewerbsnachteil der GKV hinsichtlich der Versichertenstruktur und die Verletzung des allgemeinen Gerechtigkeitsgrundsatzes, indem sich gerade gut Verdienende aus der GKV ausklinken dürfen
2. die systematische Verweigerung der PKV, sich an der Finanzierung wesentlicher Elemente des Gesundheitssystems angemessen zu beteiligen, sodass diese Last

(entgegen aller gegenteiligen Querfinanzierungsmythen) wesentlich von den Versicherten der GKV getragen wird

3. die nicht hinnehmbare Verfehlung der Mindestanforderung an eine Krankenversicherung seitens der PKV, der Verantwortung für eine angemessene Gesundheitsversorgung für ihre Mitglieder nachzukommen, was eine steigende Anzahl von Menschen ohne Krankenversicherungsschutz belegt.

II - Polizeikritik is not a crime

Die Landeskonferenz der Jusos möge beschließen:

Die Jusos Thüringen positionieren sich einer Stärkung von Polizei und Sicherheitsapparat gegenüber grundsätzlich kritisch. Wir erkennen an, dass die Kehrseite eines subjektiven Sicherheitsgefühls, das Teilen der Bevölkerung z.B. durch verstärkte Polizeipräsenz an öffentlichen Orten vermittelt wird, die Überwachung und erhöhte Gefahr von Repressionen gegen andere Bevölkerungsteile ist.^[1] Wir sehen im Recht auf individuelle Freiheit ein wichtiges Gut in der demokratischen Gesellschaft, welches nicht stärker als bisher von Polizei und Sicherheitsbehörden eingeschränkt werden soll.

- Wir widersprechen deshalb einer weiteren Stärkung von Polizei und Sicherheitsapparat in Thüringen vehement. Wir unterstützen keinen Wahlkampf mit diesem Themenschwerpunkt für die kommende Landtagswahl!
- Wir fordern einen kritischen Umgang mit Polizeigewalt und thematisieren diese öffentlich und innerparteilich.
- Wir erachten es angesichts einer Häufung von rassistischen und rechtsextremistischen Vorfällen innerhalb der Polizei und Sicherheitsbehörden im gesamten Bundesgebiet als dringend notwendig, eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung derartiger Einstellungen innerhalb der genannten Institutionen in Thüringen durchzuführen. Auch wenn bisher vorwiegend andere Bundesländer die Schlagzeilen bestimmten, gibt es keine Anhaltspunkte dafür zu glauben, die Lage in Thüringen gestaltete sich davon signifikant verschieden. Wir betonen, dass vor der Veröffentlichung einer unabhängigen Studie zu diesem Thema keine generalisierenden Aussagen über das Ausmaß rassistischer Einstellungen in den genannten Institutionen getroffen werden können. Wir kritisieren deshalb bereits vor einer umfassenden Untersuchung getätigte vorschnelle Äußerungen wie diejenige, in der Polizei existiere kein strukturelles Rassismusproblem (vgl. Georg Maier im deutschlandfunk am 7. Oktober 2020).^[2]
- Wir unterstützen das Vorhaben von Georg Maier, unabhängig von der Entscheidung des Bundesinnenministers in den SPD-regierten Bundesländern Studien über Rassismus innerhalb der Polizei und den Sicherheitsbehörden durchzuführen.^[3] Wir begleiten den Prozess rund um die Studie, die in diesem Rahmen in Thüringen entsteht, kritisch und fordern mit Nachdruck die politische Unabhängigkeit der untersuchenden Institution sowie deren Eignung in Hinblick auf wissenschaftliche Kriterien ein.
- Wir fordern die SPD darüber hinaus dazu auf, den Forderungen verschiedener zivilgesellschaftlicher und politischer Akteur*innen nach einer Studie über Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen innerhalb der Polizei und Sicherheitsbehörden für das gesamte Bundesgebiet innerhalb der Regierungskoalition Nachdruck zu verleihen. Sowohl die Zahlen als auch die lokale Verteilung der Fälle zeigen deutlich die weitreichenden Dimensionen des Problems.

[1]Betroffen sind von polizeilicher Repression häufig Menschen nicht-weißer Hautfarbe sowie wenig privilegierte gesellschaftliche Gruppen. Den Zusammenhang zwischen beiden Faktoren halten wir für relevant.

[2]https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-bei-der-polizei-maier-spd-in-thueringen.694.de.html?dram:article_id=485358

[3]<https://www.vorwaerts.de/artikel/studie-polizei-rassismus-spd-innenminister-planen-alleingang>

I4 - Thüringer Freiwilligendienstleistende entlaste, jetzt!

Die Jusos Thüringen fordern die Thüringer Landesregierung dazu auf, das in der Richtlinie Thüringen Jahr festgelegte Taschengeld für Freiwilligendienstleistende von 300 Euro auf monatlich 414 Euro, welches sich an der BBG orientiert und den höchst zugelassenen Betrag darstellt, zu erhöhen. Der auf jeweils 150 Euro festgesetzte Betrag für Taschengeld und Verpflegung wird dabei auf jeweils 207 Euro erhöht. Zur weiteren Entlastung setzen sich die Jusos Thüringen für die Ausweitung des Azubitickets auf Freiwilligendienstleistende ein.

M1 - Deutsche BundesBahn – Verstaatlichung der DB AG

Die Jusos Thüringen setzen sich für eine Vergesellschaftung der Deutsche Bahn AG bis 2030 ein. Mobilität muss nicht profitorientiert sein, sie darf es auch nicht. Millionen Bürger*innen in Deutschland sind täglich auf die Bahn angewiesen, um für sie eine effiziente, kostengünstige, ökologisch vertretbare Beförderung zu gewährleisten, muss die DB wieder zu 100% in den Staat integriert werden. Gerade in Zeiten, in denen es um Anschluss des ländlichen Raums, Ausbau der Schiene und geringe Transportwege auf der Straße geht, muss der Bund absolute Kontrolle über die Bahn haben.

Weiterhin fordern wir ein jährliches Mindestinvestitionsvolumen für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur.

Ziel ist u.a. eine Preisgestaltung nach sozial-ökologischen Faktoren durch die Vergesellschaftung zu gewährleisten

O1 - Ostquote im öffentlichen Dienst - Sozialer Aufstieg für Alle – erstmal in Thüringen

Die SPD Thüringen setzt sich für die Einführung einer Ostquote im öffentlichen Dienst in Thüringen ein. Die Ostquote muss der Voraussetzung genügen, dass mindestens 50 % aller zu besetzenden Stellen auf allen Ebenen mit Menschen ostdeutscher Sozialisation zu besetzen sind.

P1 - Juso-Quote zu Kommunalwahlen

Die Jusos Thüringen setzen sich für einen verbindlichen Juso Platz unter den ersten 3 Kandidierenden jeder SPD Liste zu Kommunalwahlen ein. Die Kreisverbände der Jusos nominieren ihre:n Spitzenkandidat:in, welche:r auf einem entsprechenden Listenplatz positioniert wird. Dadurch erreichen wir mittelfristig einen Generationswechsel in Lokalen Parlamenten und erhalten die Möglichkeit Juso-Ideen auf kommunaler Ebene umzusetzen.

R1 - Neuausrichtung der Straßenbenennung

Das Erstarken der Neuen Rechten mit ihrer Fundamentalkritik an zentralen Verfassungsnormen, der Ablehnung tragender Prinzipien des Grundgesetzes und den Versuchen der Erneuerung eines völkischen Nationalismus haben auch eine architektonische Dimension. Die Auseinandersetzung vom Mensch mit dem gebautem Raum ist immer eine politische. Der Kampf für progressive Politik darf deswegen nicht in der zeitweisen Gewinnung des öffentlichen Raums verharren, er muss stattdessen auch auf die bauliche Manifestation demokratischer und sozialistischer Ideale zielen und damit die Raumreifung von Rechten und Rechtsextremen eindämmen.

Wir Jusos fordern deshalb:

- Die Benennung von neuen oder umzubenennenden Straßen und Plätzen in Thüringer Städten, die nach Personen benannt werden, ausschließlich nach Frauen, bis eine paritätische Benennung erreicht ist und anschließend eine weitere paritätische Benennung, um die männliche Hegemonie im öffentlichen Raum zu beenden.
- Einen progressiven Umgang mit Thüringens kolonialem Erbe durch;
 - Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die im öffentlichen Raum Menschen würdigen, die durch Verbrechen, Ausbeutung und Gewalt gewirkt haben oder direkt rassistische Motive bedienen

 - Die Unterstützung der Sichtbarmachung kolonialer Geschichte, ihren historischen Kontinuitäten und bis heute wirkenden Mechanismen

 - Die Würdigung und Erinnerung an antikoloniale und antirassistische Denker*innen und Kämpfer*innen

S4 - Heranziehung des Einkommens von jungen Menschen in stationären Jugendhilfen beenden!

Die Jusos Thüringen fordern, die Heranziehung des Einkommens junger Menschen in stationären Jugendhilfen nach §94 Abs. 6 SGB VIII von 75% auf 0% zu reduzieren, um so eine dauerhafte Entlastung zu schaffen und den Start in ein eigenständiges Leben junger Menschen zu erleichtern.

U1 - Weniger Plakate – mehr Inhalte

Überall spricht man von Nachhaltigkeit. Ein jeder von uns soll nachhaltig denken und handeln, so auch unsere Partei, deren zentralen öffentlichen Auftritte den Wahlkampf umfassen. Jährlich werden bundesweit Tonnen Material für den Wahlkampf verbraucht (insbesondere Plakate) und aktualitätsbedingt zeitnah wieder entsorgt.

Die Jusos Thüringen setzen sich dafür ein, die Plakatierungen weitestgehend auf Großaufsteller zu reduzieren oder, wenn nicht anders möglich, auf wenige Plakate zu beschränken. Kurzfristig wird gefordert, nur noch ökologisch abbaubare Plakatwerbung zu nutzen und insbesondere auf

Kunststoffplakate zu verzichten. Langfristig muss das Ziel sein, dass alle Parteien einen ökologisch-nachhaltigen Wahlkampf bestreiten und etwa derartige Plakatwerbung aufgeben.

U2 - Pariser Klimaziele einhalten – Thüringer Klimagesetz nachbessern!

Die Jusos Thüringen fordern, im Thüringer Klimagesetz (ThüKliG) die vollständige Klimaneutralität des Freistaates bis spätestens 2030 festzuschreiben. Die bestehenden Zwischenziele sollen durch linear-sinkende, verbindliche Jahresbudgets für Treibhausgase ersetzt werden.

U4 - Klimaschutz bedenken, Kreuzfahrtschiff versenken!

Die Jusos Thüringen fordern, dass der SPD-Reiseservice keine Kreuzfahrten mit Schiffen mehr anbietet, die mit klimaschädlichen Kraftstoffen betrieben werden, und – falls noch vorhanden – eigene Kreuzfahrtschiffe sofort zum Verkauf freigibt.

Ebenso soll der SPD-Reiseservice bei den angebotenen Reisen die jeweilige CO₂-Bilanz ermitteln und das Angebot für klimafreundlichere Reisen ausbauen.

U8 - Der Klimawandel ist real. Klimaschutz dagegen (noch)

Klimaschutz weltweit

Der Klimawandel stellt die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts dar. Punkt. Ohne gravierende Einschnitte, ohne einen umfangreichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wandel kann – und jedes Pathos ist hier angemessen – die Menschheit in absehbarer Zeit nicht mehr entsprechend leben bzw. existieren. Es geht letztlich um nichts anderes, als um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage für künftige Generationen. Darüber hinaus werden zunächst und insgesamt am stärksten die betroffen sein, die bereits jetzt zu den wirtschaftlich Schwachen zählen bzw. die in Regionen der Erde leben, die schon heute wirtschaftlich abgehängt und ausgebeutet sind. Diese kurze Einschätzung ist deckungsgleich mit den Analysen der vergangenen Jahre – und dennoch brandaktuell.

Zwar haben die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens dazu geführt, dass sich die Umweltbelastungen teils stark reduzierten. Allerdings kann das, auf den gesamten Zeitraum betrachtet, nur als Eintagsfliege gewertet werden. Trotz dieses Herunterfahrens werden laut Global Carbon Project dieses Jahr weltweit nur 4 bis 7,5 % CO₂-Emissionen ausbleiben. Im Endeffekt bedeutet das, eine Gesamtersparnis von nur 14 Tagen des üblichen CO₂-Ausstoßes. Ernüchternd – ja. Alarmsignal – ja. Aber auch Ansporn für einen gravierenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Denn verantwortlich für die Verschmutzungen, die Belastungen und die Veränderungen von Umwelt und Klima ist der Mensch, genauer: der Mensch und sein selbst geschaffenes kapitalistisches Korsett. Aus diesem – und das ist jungsozialistisches Leitmotiv – gilt es, sich zu befreien. Die soziale Frage steht folglich nicht im Gegensatz zur ökologischen Frage und Klima- bzw. Umweltpolitik ist als Verteilungspolitik auszugestalten. Hier wird die „Verteilung“ guter Arbeits-, Wohn-, Mobilitäts- oder

Ernährungsbedingungen relevant. Zugleich ist die Problematik entscheidend, wer zu welchem Anteil die Transformationskosten tragen muss.

Wir Jusos stehen für den notwendigen Klima- und Umweltschutz, der ebenso unabdingbar sozialverträglich ausgestaltet sein muss: Wir wollen nichts weniger als den sozial-ökologischen Wandel.

Klima und Klimaschutz in Thüringen

Der Klimawandel ist aber kein fernes Phänomen, sondern kann auch in Thüringen bereits beobachtet werden. So stieg die Jahresmitteltemperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881 um fast 1,5 Grad. Zudem lagen die wärmsten jemals ermittelten Jahre fast allesamt im vergangenen Jahrzehnt.

Die Verteilung der Niederschläge im Jahr ändert sich: Darunter leiden v.a. Flora und Fauna, aber beispielsweise auch das Wintersportgebiet im Thüringer Wald oder landwirtschaftlich geprägte Regionen im Thüringer Becken. So waren Jahr 2019 ganze acht Monate trockener als der Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte. Diese kurz angerissene klimatische Entwicklung Thüringens, da ist sich die Wissenschaft einig, wird sich in den kommenden Jahren verstetigen und wahrscheinlich verstärken. Die hohe Geschwindigkeit der Erderwärmung trifft in diesem Zusammenhang auf eine mangelnde, unzureichende Resilienz – mit verheerenden Folgen für das Ökosystem.

Da der Klimawandel zwar eine weltweite Herausforderung darstellt, aber auch hier die Devise gelten muss „global denken, regional handeln“, war die rot-rot-grüne Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht untätig.

Zentrales Element der Klimaschutzpolitik war 2018 die Verabschiedung des Thüringer Klimaschutzgesetzes (ThüKliG). Hier konnte erstmals ein konkreter Rahmen für klimafreundliches Handeln und verbindliche Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen (TGE) für Thüringen verankert werden. Konkret sieht das ThüKliG vor, dass die TGE gestaffelt bis 2050 um 95 % reduziert werden. Des Weiteren soll der Energiebedarf Thüringens bis 2040 komplett aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Als Jusos haben wir ein solches Gesetz, das nicht zuletzt das Thüringer Staatsziel des Klimaschutzes aus Art. 31 Thüringer Verfassung umsetzt, gefordert. In seiner Verabschiedung soll der erste Schritt zur Realisierung einer neuen Klimaschutzpolitik gesetzt worden. Allerdings sind die dort aufgestellten Ziele keineswegs ausreichend oder abschließend für eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels. Deshalb müssen wir konstatieren: Die rot-rot-grüne Klimapolitik stellt momentan nicht die Weichen für eine sozial-ökologische Transformation.

Thüringen zum Klimavorbild machen

Oberstes Ziel der Klimaschutzbemühungen muss die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels sein. Dabei muss klar sein, dass dieser Richtwert bedeutet, dass sich bereits vollziehende klimatische Änderungen verstetigt werden – mit schon jetzt dramatischen Auswirkungen auf Natur und Mensch. So beschreibt der Weltklimarat im „Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung“, dass ein solches Szenario deutliche Vorteile gegenüber dem weniger ambitionierten 2-Grad-Ziel habe, wenngleich wir momentan eher auf ein Szenario hinsteuern, welches mehr als 4 Grad Erderwärmung bedeuten würde. Wir Jusos stehen zum 1,5-Grad-Ziel und der dafür notwendigen schnellen Reduktion der

Treibhausgasemissionen bzw. der Notwendigkeit, Treibhausgase wieder aus der Atmosphäre zu entfernen.

Dementsprechend muss auch die Klima- und Energiepolitik aufgestellt werden: Ein rein symbolischer Ansatz, der wenige plakative Einzelheiten anpasst, aber kein transformatorisches Anliegen verfolgt, muss scheitern – so etwas hilft weder dem politischen noch dem natürlichen Klima.

Wenngleich Thüringen aber als Bundesland allein nicht die notwendigen Kompetenzen besitzt, alle Schritte in die Wege zu leiten und alle Maßnahmen umzusetzen, so gibt es doch einige Punkte, mit denen das Ziel der Klimaneutralität forciert werden kann. Nachfolgend haben wir für einige wichtige Sektoren Forderungen zusammengestellt, die Inhalt eines neuen Klimaschutzgesetzes bzw. der generellen Landespolitik sein müssen.

1. Energiewende jetzt

Die Energiewende ist ein essentieller Schritt zur Klimagerechtigkeit. Derzeitig entfallen bereits etwa zwei Drittel des Gesamtstroms in Thüringen auf erneuerbare Energien – das ist ein guter Wert, aber hier geht noch mehr. Gerade vor dem Hintergrund der Stagnation bei Photovoltaik und Windkraft.

Dabei steht das übergeordnete Ziel von 100 % Erneuerbaren Energien im Vordergrund dieser Bestrebungen. Denn für nahezu alle Sektoren liefert der Energie-Sektor die notwendige Grundlage. Leider verharrt die Energiewende nach wie vor zu sehr auf Veränderungen allein im Stromsektor. Aus der Stromwende muss schnell eine tatsächliche Energiewende in allen Bereichen werden. Daher müssen in allen Sektoren deutlich mehr Anstrengungen unternommen und größere Investitionen getätigt werden. Unsere Energiepolitik folgt der Logik, dass möglichst viel Energie dort erzeugt wird, wo sie auch benötigt und verbraucht wird: regional, dezentral und erneuerbar. In diesem Unterfangen sind neben den entsprechenden Unternehmen sowohl die kommunalen Stadtwerke als auch die Energiegenossenschaften und die Verbraucher:innen gemeinsam zu beteiligen.

Daher fordern wir:

- die Deckung des Thüringer Energiebedarfs mit einem Mix aus 100 % erneuerbaren Energien bis 2035
- die landesplanungsrechtlichen Erleichterungen für Wind-, Wasser- und Solarenergieanlagen, etwa durch geringere Abstandsregelungen.
- den Ausbau von Windenergie auf 2 % der Landesfläche. In diesem Zuge muss auch die Modernisierung bestehender Anlage aus Gründen der Leistungsfähigkeit, des Licht- und Lärmschutzes und der Effizienz gefördert werden.
- die Förderung und den Ausbau von Energiegenossenschaften und die Unterstützung lokaler und regionaler Initiativen zur nachhaltigen Stromerzeugung
- Aufstockung des Förderprogramms „Solar Invest“ und eine vorläufige Verstetigung der Initiative
- die Unterstützung zur energieeffizienten Ertüchtigung des Thüringer Gebäudebestands
- intelligente Stromnetze zur Sicherstellung der Energieversorgung bei komplexer werdenden Strukturen.
- die Förderung von kommunalen Wärmekonzepten inkl. der Unterstützung kommunaler Stadtwerke als Partner der Energiewende.

- einen Thüringer Aktionsplan Energieeffizienz mit dem Ziel, den Gesamtenergieverbrauch massiv zu reduzieren. Schließlich ist die Erzeugung von Energie aus Erneuerbaren immer auch ein Eingriff in Natur und Umwelt.

2. Mobilität von morgen

Verkehr und Mobilität sind unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens. Allerdings zählt dieser Bereich auch zu den größten Verursacher:innen von Treibhausgasen.

Der Verkehrssektor steht vor einem notwendigen Umbruch. Dabei müssen wir zwingend auf die Prinzipien „Schiene vor Straße“ und „ÖPNV vor MIV“ setzen. Hier sind öffentliche Angebote zu schaffen oder Initiativen zu unterstützen, die besonders den ländlichen Raum anbinden und eine solche Entwicklung überhaupt erst ermöglichen. Auch hier gilt allerdings, ähnlich wie bereits im Energiesektor, jeder nicht gefahrene Kilometer unterstützt die Klimaziele.

Um die Voraussetzungen für eine „Mobilität von morgen“ schon heute zu schaffen, benötigen wir in Thüringen ein Mobilitätsgesetz, das sowohl den Personen- als auch den Güterverkehr sozial- und klimagerecht gestaltet. Auch alternative Antriebssysteme auf Basis von Brennstoffzelle und Elektromobilität müssen entsprechend Förderung erfahren.

Daher fordern wir:

- die Vormachtstellung und Bevorzugung des Autos zu brechen. Radverkehr, öffentliche Verkehrsmittel und Fußverkehr müssen eine Aufwertung erfahren und mindestens Gleichstellung erfahren.
- den flächendeckenden Ausbau von Fahrradwegen, inkl. Radschnellwegen und Ladeinfrastruktur für E-Bikes und perspektivisch autofreie Innenstädte.
- die Förderung alternativer Antriebssysteme im gesamten Mobilitätssektor, insbesondere für Lastkraftwagen und Personenkraftwagen.
- den Ausbau der Ladeinfrastruktur und der Wasserstofftankstellen in Thüringen.
- einen einheitlichen Nahverkehrsverbund für ganz Thüringen, der für die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsformen sorgt.
- den grundlegenden Ausbau des ÖPNV. Dabei muss das Credo „lieber eine Fahrt mehr, als gar keine Fahrt“ übernommen werden. Wenn insbesondere der ländliche Raum nicht angebunden ist, kann auch keine Nachfrage entstehen.
- die Einführung eines kostenlosen ÖPNVs für Kinder unter 18 Jahre, Schüler:innen, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende
- den Ausbau der Zugverbindungen auch in den Randzeiten.
- die Förderung von Güterverkehr über die Schiene, sowie die Anbindung von Industriegebieten an das Schienennetz.
- die Streichung der Zuschüsse für den Flughafen Erfurt-Weimar

3. Investitionen in Nachhaltigkeit

In den vergangenen Jahren ist im Wirtschaftssektor bereits viel geschehen: Die Energieproduktivität stieg deutlich und auch ein merklicher Rückgang der Treibhausgasemissionen ist zu verzeichnen. Dennoch bleiben insb. Industrie und Gewerbe für rund 15 % der Thüringer Emissionen verantwortlich. Die konsequente Minderung dieser klimaschädlichen Gase muss daher forciert werden.

Vielfach liegen Handlungsoptionen gerade in diesem Bereich auf europäischer oder nationaler Ebene. Durch Förderprogramme und zusätzlich aufgestellte Kriterien wirtschaftlicher Aktivitäten und

gezielte Unterstützung kann jedoch auch das Land Thüringen aktiv werden. In diesem Rahmen sind neue Maßstäbe in den Bereichen Ressourceneffizienz, Regionalisierung und Nachhaltigkeit für ein klimagerechtes Wirtschaften zu setzen.

Daher fordern wir:

- das Förderprogramm Green Invest über bis 2025 zu verlängern.
- zentrale Angebote zur Energieberatung für Unternehmen bei der ThEGA und den Aufbau von Netzwerkstrukturen zum Erfahrungsaustausch in Sachen Energieeffizienz und -produktivität, insb. für KMUs.
- die finanzielle Unterstützung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen für Mitarbeiter:innen im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz.
- die stärkere Einbindung der Thüringer Hochschullandschaft in die Forschung und Entwicklung ressourcenschonenderer und energieeffizienterer Technologien.
- den Klimaschutz und die Klimaanpassung als Querschnittsthema stärker in die Lehrpläne der Ausbildungen zu integrieren
- die stärkere Unterstützung von Gründungen und Start-Ups in den Bereichen Recycling und Klimaschutz Gründung fördern aus Bereich Recycling, Klimaschutz etc.
- gezielte Förderungen von Investitionen in die Kreislaufwirtschaft, insb. in die Entwicklung, den Transfer neuer Verfahren und Prozesse, um Naturschätze und natürliche Lebensgrundlagen zu schonen.
- das Vorantreiben von Modellen der Sharing Economy für Unternehmen und Konsument:innen.
- eine Thüringer Strategie zur Bioökonomie
- die Digitalisierungstrends für Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen.

4. Ökolandwirtschaft statt Pestiziden und Massentierhaltung

Die Landwirtschaft muss aufgrund ihrer Relevanz gesondert betrachtet werden: In Thüringen werden hier „nur“ rund 20.000 Personen in 3.500 Betrieben beschäftigt, aber dafür ganze 54 % der Fläche Thüringens genutzt, ergänzt um weitere 32 % Waldfläche.

In Bezug auf den Klimaschutz kann die Landwirtschaft gleichzeitig als Betroffene, aber auch als Mitverursacherin gesehen werden. Durch den Klimawandel trocknen die Böden aus, sodass gute Ernten ausfallen. Auf der anderen Seite erzeugen insbesondere Tierhaltung und die Bearbeitung landwirtschaftlicher Böden (bspw. durch Düngen) große Emissionsaufkommen.

Aus diesem Grund muss auch dieser Sektor seinen Beitrag zum Klimaschutz liefern. Jedoch sind alle Anpassungen und Maßnahmen vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Landwirtschaft nicht irgendein Wirtschaftszweig ist, sondern derjenige der uns ernährt und uns Lebensmittel im wahrsten Wortsinne liefert. Dabei hat auch jede:r Einzelne die Möglichkeit, durch eigene Konsumententscheidungen Änderungen hervorzurufen. Insgesamt sollte jedoch ein Landesprogramm „Klima schützt Landwirtschaft“ aufgestellt werden, indem die nachfolgenden Forderungen zu integrieren sind.

Daher fordern wir:

- rechtliche und finanzielle Förderung von Ökolandbau und anderer besonders nachhaltiger Landwirtschaft
- die Reduzierung des Einsatzes von Düngemitteln. Ein geregelter Mineräldüngereinsatz mit jährlich kontrollierten, bodenabhängigen Stickstoffmengen soll die Überdüngung verhindern.

- eine standort- und betriebsgerechte Mindestfruchtfolge auf den Äckern zum Humusaufbau.
- die emissionsmindernde und energieeffizientere Modernisierung von Lagerung, Haltung und Technik
- die Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2025. Zudem muss in die Forschung zu nicht-chemischen Alternativen investiert werden.
- einen nachhaltigen Waldumbau, der den bereits existierenden Klimaveränderungen gewachsen ist. Insgesamt muss die Aufforstung forciert werden, wobei Monokulturen abzulehnen sind.
- Förderung von Agroforstkulturen. Mittelfristig sollte eine Baumquote pro landwirtschaftliche Nutzfläche etabliert werden.
- Eine artgerechte Haltung und ein Ende der konventionellen Massentierhaltung.
- die Moore als natürliche Klimaschützer durch Renaturierung und Wiedernässung zu retten. Dazu sind den Landwirt:innen Entschädigungen zur Aufgabe der wirtschaftlichen Nutzung zukommen zulassen.
- eine Förderung der Einkommensdiversifikation für Landwirte als Energiewirte
- den Klimaschutz als Querschnittsthema stärker in die Ausbildung der Landwirt:innen zu integrieren

5. Kommunen als Motor für nachhaltige Entwicklung

Klimaschutz als Querschnittsaufgabe betrifft besonders auch die Kommunen. Denn Kommunen sind entscheidende Akteur:innen der Klimapolitik. Klimaschutz beginnt in der Verwaltung und reicht über die Planungshoheit bei Bauvorhaben oder Verkehrsprojekten bis hin zu kommunalen Unternehmen wie den Stadtwerken. Zusätzlich zu den bereits angeführten Punkten, die natürlich auch konkret vor Ort und damit in den Kommunen stattfinden, fordern wir daher die Landkreise, Städte und Gemeinden auf, sich selbst höchsteingestimmte ambitionierte Ziele zu setzen und sich für den Klimaschutz zu engagieren.

In diesem Zusammenhang muss das Land Thüringen die Erstellung von integrierten Klimaschutzkonzeptionen und deren Fortschreibungen zu 100 Prozent fördern. Wenngleich festgehalten werden muss, dass es keinen Planungsmangel gibt, sondern die vorhandenen Konzepte aus finanziellen Belangen nicht umgesetzt werden.

Immer wichtiger werden zudem Klimaschutznetzwerke und Kooperationen. Aber das Agieren in diesen Bündnissen wird allerdings häufig durch die zu geringen personellen Kapazitäten auf kommunaler Ebene gehemmt. Daher fordern wir auch die finanzielle Unterstützung des Landes für kommunale Klimaschutzmanager:innen und -beauftragte.

Letztlich müssen die Kommunen bei den Klimaschutz-Investitionen unterstützt werden, damit gerade finanzschwache Städte und Gemeinden nicht weiter abgehängt werden.